



STADT. LAND. MENSCH.

Unsere Ideen für die Heimat von Morgen

15.–16. November 2014 in Arnsberg
#nrwtage50

„Verantwortung für Flüchtlinge annehmen: Kommunen nicht im Stich lassen“

**Aktueller Beschluss zum 50. JU NRW-Tag
am 15. und 16. November 2014 in Arnsberg**

„Verantwortung für Flüchtlinge annehmen: Kommunen nicht im Stich lassen“

Wir bekennen uns als Junge Union NRW zur deutschen Verantwortung, schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Schutz in NRW zu ermöglichen. Wir fühlen uns im besonderen Maße dem christlichen Menschenbild verpflichtet.

Durch die Versäumnisse der Landesregierung, insbesondere von Innenminister Jäger, treten bei der Aufnahme der Flüchtlinge in NRW vermehrt Probleme auf. Um diese Probleme zu lösen und um ein Miteinander von Flüchtlingen und Bevölkerung zu ermöglichen, unterstützen wir die Forderungen der CDU NRW und fordern von der Landesregierung:

1. Ehrenamtliches Engagement anerkennen!

Die Menschen in NRW stehen zu ihrer Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen. Sie kümmern sich in vielfältiger Weise ehrenamtlich um die Schutzsuchenden. Diese Menschen brauchen Anerkennung und Unterstützung durch Vernetzung, Fortbildung, öffentliche Anerkennung und zusätzliche finanzielle Hilfen.

2. Berufliche Qualifikation nutzen!

Viele Flüchtlinge bringen bereits wertvolle berufliche und schulische Qualifikationen mit. Diese müssen künftig bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen erhoben werden, um ihnen eine zielgerichtete Förderung und, bestenfalls, Integration in unsere Arbeitssysteme zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Vermittlung in adäquate Bildungsangebote.

3. Sprache fördern!

Um ein tatsächliches Zusammenleben zu ermöglichen, müssen die Flüchtlinge einen einfachen und unkomplizierten Zugang zu Deutschkursen erhalten. Gleichzeitig gilt dabei aber auch, dass dieses Angebot keine Einbahnstraße sein darf. Wir erwarten von den Flüchtlingen eine Teilnahme an Deutschkursen, die Grundlage für ein Miteinander zu gewährleisten.

4. Kommunen bei Planungen miteinbeziehen!

Die Landesregierung verfällt trauriger Weise auch beim Thema Flüchtlinge in ein altes Muster: Sie will alles zentral von Düsseldorf aus steuern. Die Kommunen werden bei der

Organisation der Flüchtlingsunterkünfte kaum einbezogen, Planungen sollen den Kommunen übergestülpt werden. Dies ist ein falscher Ansatz. Für ein richtiges Miteinander müssen die Hinweise der Kommunen gehört und in die Planung mit einbezogen werden.

5. Belegungssituation überdenken!

Viele Flüchtlingsunterkünfte in Nordrhein-Westfalen sind völlig überbelegt. Überbelegungen als auch unüberlegte Zusammenlegungen von unterschiedlichen sozialen und religiösen Gruppierungen sorgen für soziale Brennpunkte und strapazieren die kommunalen Haushalte. Die Landesregierung muss handeln: Sie muss schnellstens für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in ganz Nordrhein-Westfalen sorgen und dafür, dass die Regelbelegungen der Unterkünfte eingehalten werden-auch die Kommunen profitieren davon. Gegebenenfalls müssen auch vom Land neue Unterkünfte geschaffen und Unterbringungskriterien angepasst werden.

6. Religion als Chance nutzen!

Wir schützen die Ausübung und Praktizierung von Religionen, solange dadurch das Leben anderer nicht eingeschränkt wird. Eine religiöse Diskriminierung unterhalb der Flüchtlinge müssen wir daher verhindern. Besonders christliche Flüchtlinge sind leider bereits mehrfach Opfer von Diskriminierung gewesen. Wir müssen die Religion als Brückenbauerin sehen: Durch die Zusammenarbeit beispielsweise mit christlichen und muslimischen Gemeinden, kann das Zusammenleben weiter verbessert werden. Die Landesregierung muss hier gerade die muslimischen Verbände stärker in die Verantwortung nehmen.

7. Kriminalität bestrafen!

Wir gewähren den Schutzbedürftigen gerne Zuflucht. Wir tun dies unter der Maßgabe, dass unsere Kultur respektiert und unsere Gesetze befolgt werden. Kriminalität und Gesetzesverstöße müssen daher auch geahndet werden. Dies zeigt Grenzen auf, die für ein Miteinander notwendig sind. Ebenso muss konsequent denjenigen Einhalt geboten werden, die nur nach Deutschland kommen, um unsere Sozialsysteme auszunutzen.